



"UNREIN!"

Innsbruck: Moslem-Taxifahrer verweigern Blindenhunden den Transport

Von CHEVROLET | Eigentlich ist es ja kein Problem: Ein blinder Flugpassagier kann problemlos seinen Blindenhund (Assistenzhund) mitnehmen. Das gilt auch für psychotherapeutische Assistenzhunde, also Hunde, die Menschen mit einer psychischen Erkrankung brauchen. Bei Flügen in die USA ist das zum Beispiel bei der [Lufthansa](#) kostenlos, auf anderen Flügen oft auch. Die Hunde dürfen dann in der Kabine transportiert werden, da ihre zweibeinigen Begleiter auf die gutmütigen Tiere angewiesen sind.

Anders aber sieht das offensichtlich bei Taxis in Innsbruck aus, [wie die Tiroler Tageszeitung](#) aktuell vermeldet. Dort haben nämlich selbst Blinde Probleme in Taxis ihren Assistenzhund mitzunehmen. Verständlich ist natürlich, dass die Taxi-Lenker es nicht gerne sehen, wenn ein Hund mit seinen schmutzigen Pfoten zum Beispiel bei Regen oder in der Winterzeit ins Taxi springt und sich auf die Polster setzt. Das wäre sicher noch nachvollziehbar, aber es gibt einen für normal denkende Menschen seltsamen Grund, der dem Zeitgeist der Verherrlichung des Islams entspringt.

Das erlebte Garielle Jandrasits, die für den Blinden- und Sehbehindertenverband Tirol arbeitet, und selbst mit einem Hund im Taxi zum Flughafen fahren wollte. Obwohl sie bereits am Vorabend anrief, habe man ihr bei der Funktaxizentrale erklärt, dass man den Transport für den nächsten Morgen nicht garantieren könne. Als Begründung habe man ihr mitgeteilt, dass es die meisten Fahrer aus Glaubensgründen ablehnen würden, Hunde mitzunehmen. Danach habe man sie direkt an eine Taxinummer verwiesen – dort habe man ihr die Vorausbestellung samt Hundetransport dann zugesichert.

Einem vollblinden ehemaligen Vorstandsmitglied des Blindenverbandes erging es nicht besser. In der Annahme, dass ihr Blindenbegleithund ohnehin mitgenommen werden müsse, habe sie den Hund telefonisch gar nicht erwähnt. Der Taxifahrer habe dessen Mitnahme dann aber verweigert.

Die Geschäftsführer der Innsbrucker Funktaxizentrale, Anton Eberl und Harald Flecker, entschuldigten sich ausdrücklich für die Vorfälle und boten der Passagierin als Geste einen Gutschein an. Sie bestätigten die Problematik prinzipiell: „Wir sind selbst nicht Eigner der Taxis, sondern vermitteln nur“, schickt Flecker voraus. Fakt sei aber, dass mittlerweile rund 80 Prozent der Fahrer einen Migrationshintergrund hätten – und dass Moslems Hunde traditionell häufig als „unrein“ ansehen würden.

„Wir versuchen, den Fahrern immer wieder begreiflich zu machen, dass so etwas bei uns nicht geht und dass diese Fahrten genauso auszuführen sind wie jeder andere Auftrag. Im Moment sind wir aber leider nicht in der Lage, dieses Problem wirklich befriedigend zu lösen“, sagte Flecker.



Medien und die fortgeschrittene Kultur der Selbstzensur

Von ALSTER | „Redefreiheit ist für Europas Werte zwar zentral. Aber ihre Aufrechterhaltung hängt vom verantwortlichen Verhalten von Einzelpersonen ab (und zwar im Dialog mit den Muslimen – anlässlich der Mohammed-Karikaturen)... Weiterhin glauben wir nicht, dass die Medien von außen zensiert werden sollten, sondern vielmehr dass sie Methoden finden, sich selbst zu zensieren.“

Da wir nun von Selbstzensur reden, werde ich Sie auch bitten, den Bedarf der Überwachung innerhalb Ihrer eigenen professionellen Reihen zu erwägen.“ [Diese Rede](#) mit der Aufforderung zur Selbstzensur explizit zum Islam hielt die damalige EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und europäische Nachbarschaftspolitik, Benita Ferrero Waldner, in Wien am 22./23. Mai 2006 auf dem Euromediterranen Symposium vor führenden Journalisten und Chefredakteuren aus den europäischen Mitgliedstaaten und 10 außer Israel islamischen südlichen euromediterranen „Partnerländern“.

„Die Medien sollten eine besonders wichtige Rolle zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einnehmen, und zwar aufgrund ihrer Macht, die gesellschaftlichen Einstellungen beeinflussen zu können“, verkündete die Kommissarin. Außerdem gab es in Wien eine Menge Regelungen und

Anweisungen darüber, welche positive Meldungen über den Islam die Medien bringen sollten.

Die verinnerlichte Selbstzensur der Leitmedien und die AfD

Wie wir wissen, hat sich diese von der EU angeordnete Selbstzensur durchgesetzt. Die Leitmedien haben in der Folge bis heute jede Islamkritik unterbunden. Sie haben erreicht, dass nicht islamische Terroranschläge und alltägliche Angriffe auf autochthone Bürger, sondern Islam-Aufklärer und Kritiker an den Pranger gestellt und verurteilt werden. In Form eines medialen Gleichschaltungs- und Verleumdungspopulismus wurde die Islamkritik als umfassendes Feindbild inszeniert. Die AfD hat als einzige Partei die Aufklärung über den Islam ins Parteiprogramm geschrieben und wird auch deshalb von einer Phalanx der Medien, etablierten Politikern, Kirchen, Gewerkschaften, sogenannten Islamwissenschaftlern und „Prominenten“ ausgegrenzt, geächtet und bis aufs Messer bekämpft – immer vorneweg die Medien. Aktuell versucht man im Zusammenhang mit dem Mordfall Lübcke in konzertierter Form der AfD eine Mitschuld und ein Gewaltproblem zu unterstellen, unter der sie selbst durch unzählige Übergriffe etwa durch die Antifa-Faschisten leidet. Auch das wird von den Medien verschwiegen.

Der Euro-Arabische Deal und ECRI als wichtige Meinungsmacher

Die [grassierende Islamophilie](#) gründet auf einem Deal mit Arabern, bei dem Europa seine Seele verkauft hat: „Kein Blut für Öl, aber Islamisierung für Öl und geopolitischen Einfluss.“ Im Beitrag „Eurabien“ in der Sezession vom 11. Oktober 2005 beschreibt [Wiggo Mann](#), wie die Araber im Zuge der Ölkrise 1973 ihre „Ölwaffe“ dahingehend benutzt haben, um ihre Forderungen für

1. die europäische Unterstützung der arabischen Israelpolitik sowie der Palästinensischen Autonomiebehörde (PLO) als Bedingung für wirtschaftliche

- Kooperation und Rohstofflieferungen,
2. die Bereitstellung muslimischer manpower durch forcierte Immigration nach Europa,
 3. die Schaffung eines für Araber günstigen Klimas in der öffentlichen Meinung Europas durch entsprechende medienpolitische Maßnahmen durchzusetzen. Der Bericht fußt auf Bat Ye'ors Buch „Eurabia: The Euro-Arab Axis“ von 200.

Eines der inzwischen weitverzweigten Netzwerke verschiedener Organisationen, die maßgeblich mit der Aufrechterhaltung der muslimischen Massenimmigration nach Europa sowie der mentalen Vorbereitung der einheimischen Europäer auf ein Leben unter den islamischen Landnehmern beschäftigt sind, ist [ECRI](#), „die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz des Europarates zur Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz“, die die Gefügigkeit der Europäer überprüft und Länderberichte verfasst. In der [Politikempfehlung von ECRI](#) zur Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegen Muslime wird den Regierenden der EU-Mitgliedstaaten unter anderem empfohlen, „eine Auseinandersetzung in den Medien und der Werbebranche anzuregen über das Bild, das sie von den islamischen und moslemischen Gemeinschaften vermitteln und über ihre Verantwortung in diesem Zusammenhang“ – womit wir wieder bei der inzwischen verinnerlichten Selbstzensur und den Sprechverboten angekommen sind.

Wir verstecken unsere Kultur unter der Burka

Das [Gatestone Institut](#) hat gerade einen Bericht von Geuilo Meotti veröffentlicht, in dem dieser den längst überfälligen Push-Back gegen die Sprachpolizei zur Wiederherstellung der Meinungsfreiheit vermisst:

„Indem wir uns weigern, die Sprachpolizei zu konfrontieren oder die Meinungsfreiheit für Salman Rushdie, Roger Scruton, Jordan Peterson, Charlie Hebdo und Jyllands-Posten – um nur

die Spitze eines riesigen Eisbergs zu nennen – zu unterstützen, haben wir den Weg der Unterwerfung unter das Scharia-Gesetz und die Tyrannei eingeschlagen. Wir alle haben unsere vermeintlich „blasphemische“ Kultur mit Burkas bedeckt, um zu vermeiden, dass Menschen beleidigt werden könnten, die es umgekehrt nicht zu stören scheint, uns zu beleidigen.“

Meotti erinnert auch an Theo van Gogh und beklagt, dass das Establishment im Namen der Bekämpfung der „Islamophobie“ sich schleichend der Scharia unterworfen hat, und die Sprache selbst bereinigt und zensiert. Geulio Meotti zählt etliche Museen und Galerien auf, in denen römische Statuen oder Gemälde abgedeckt wurden, nachdem sich Muslime beschwert hatten, dass sie „blasphemisch“ seien. Viele westliche Verlage würden sich der islamischen Einschüchterung beugen, und selbst Theateraufführungen werden per Selbstzensur gestrichen.

Unsere vielen Kunst verwaltenden und „Kunstschaffenden“, die sich vehement gegen rechts und insbesondere gegen die AfD engagieren, stellen sich gegen die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Kunst und haben den Weg der Unterwerfung unter das Scharia-Gesetz und die Tyrannei eingeschlagen.

„Sie haben unsere vermeintlich „blasphemische“ Kultur mit Burkas bedeckt, um zu vermeiden, dass Menschen beleidigt werden könnten, die es umgekehrt nicht zu stören scheint, uns zu beleidigen.“



Öffentliches Masturbieren in Frankreich ohne Folgen

Von CHEVROLET | „Deutschland wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“ – der Spruch der linksextrem-grünen Katrin Göring-Eckardt ist schon heute legendär. Er gilt allerdings nicht nur für das von Linksgrün geschundene Deutschland, sondern für viele weitere Länder Europas. Zum Beispiel für Frankreich.

Worauf sich die Grüne freuen kann, durften zwei Frauen im vorigen Dezember in der Pariser Metro erleben. Da saß ein 48-Jähriger aus Bangladesch im Zug, vor was oder wem er geflüchtet ist, ist nicht bekannt, jedenfalls saß ihm eine Frau gegenüber. Er holte seinen Penis aus der Hose und [begann glücklich zu masturbieren](#). Das Goldstück vergnügte sich und zischte dabei zu der Frau „you are beautiful“.

Geistesgegenwärtig griff die Frau zum Handy, filmte die widerwärtige islamische Bereicherung und postete das Video in sozialen Medien und drückte dabei ihren Ekel über das Erlebte aus. Nachdem das Video bekannt geworden war, meldeten sich mehr Frauen, die sexuell bereichert wurden.

Bei der Gerichtsverhandlung fand sich aber natürlich ein Psychiater, der das ihm als Mohammedaner zustehende Verständnis aufbrachte, der „abhängig von sexuellen Fantasien sei“, was ihm natürlich einen Freibrief für sexuelle Vergnügungen und Übergriffe aller Art geben könnte.

Die zuständige Richterin fiel auf das seltsame Leiden nicht herein und verurteilte den Mann zur Zahlung von je 500 Euro Schmerzensgeld an die beiden schockierten Frauen, und zu einer achtmonatigen Bewährungsstrafe, was natürlich immer noch überaus milde ist.

Vor allem aber, die Bereicherung aus Asien wird nicht abgeschoben. Katrin Göring-Eckardt darf sich also weiter auf solche Erlebnisse freuen. Dumm nur, dass wohl eher normale Frauen diese machen und nicht abgehobene Grünen-Politikerinnen.



Lauren Southern: Borderless (2019)

Von TILL-LUCAS WESSELS | „Es war ein großer Fehler!“ – Mit diesen Worten endet die fast anderthalbstündige Dokumentation „Borderless“, die vor wenigen Tagen von der Journalistin Lauren Southern auf YouTube veröffentlicht wurde. Sie kommen aus dem Mund eines Schwarzafrikaners, gesprochen am Lagerfeuer eines Zeltlagers unter irgendeiner Brücke im winterlichen Paris.

Southerns Film ist anders als man das erwartet hätte. Sie war Teil der Mission *Defend Europe*, und betreibt – bei ihrem letzten [Auftritt](#) an dieser Stelle hatte ich das lobend erwähnt

– keinesfalls neutrale Berichterstattung. Und doch wirkt „Borderless“ nicht wie eine rechte Doku, sondern eher wie ein gut recherchiertes Stück Investigativjournalismus.

Gemeinsam mit ihrem Team bereist sie die unterschiedlichen Hotspots der Asylkrise: Die türkische Küste vor Lesbos, Marokko, die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla und die bulgarisch-türkische Grenze. Dabei liegt ihr Fokus aber nicht eigentlich auf den Migranten, sondern vor allem auf den Profiteuren der Krise.

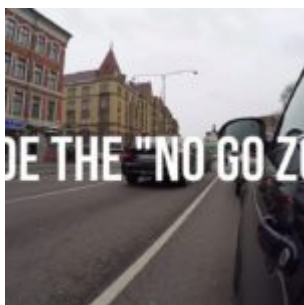
Dieser rote Faden zieht sich durch den ganzen Film: Wer verdient eigentlich daran, die Menschen von Afrika nach Europa zu befördern? Wer geht am Ende als Gewinner aus der ganzen Geschichte hervor und wer als Verlierer? Bei der Beantwortung dieser Fragen, die ihr – soviel vorweg – auch nicht vollumfänglich gelingt, trifft sie auf rücksichtslose Schlepper und kriminelle NGO-Mitarbeiter, die wahlweise ohne jede Skrupel oder bis ins Mark hinein fanatisiert das große Geschäft vom Menschenhandel auf dem Mittelmeer betreiben.

Insbesondere dieser investigative Teil ist es, der die Dokumentation zu einem wirklichen Gewinn für die rechte Medienlandschaft macht: So gelangen dem Team um die umtriebige Kanadierin unter anderem Aufnahmen mit versteckter Kamera, in welchen die Mitarbeiterin einer wichtigen Asyl-NGO ganz freimütig berichtete, wie sie potentiellen Asylanten Schauspielunterricht gibt, damit diese sich als christliche Flüchtlinge ausgeben können.

Auch der Anwalt des griechischen NGO-Chefs Panos Moraitis ist überraschend freimütig mit der Information, daß sein Mandant 500.000 € gewaschen habe, als die Kameras ausgeschaltet sind. Schließlich seien das ja viel weniger als die 50 Millionen, die die Medien ihm vorwerfen und im übrigen auch weniger, als etwa bei anderen NGOs üblich sei.

(Die komplette Filmbesprechung kann bei Sezession.de

nachgelesen werden)



Schweden immer gefährlicher

Von CHEVROLET | „Flüchtlinge“ sind nicht krimineller als Deutsche, wird den Deutschen immer gebetsmühlenartig eingetrichtert, und alle Statistiken belegen das natürlich. Also wird das stimmen, sollen die Bürger glauben. Gut, lassen wir das so stehen.

Schauen wir bei der Wahrheitssuche einfach mal nach Schweden. In Schweden ist bekanntermaßen Vieles anders, die Möbel, die Autos, das Essen, und Asperger-Kinder können sehen, was sonst niemand sieht. Und offenbar auch die „Flüchtlinge“ (die das Land so gerne loswerden möchte) sind ganz anders.

Denn durch sie und die Migranten, die es nach Schweden zieht, sieht sich das nordische Königreich mit einer Flut von Ausländern aus gewissen Ländern konfrontiert, die zu erheblicher Gewalt und Kriminalität führen. Längst hat selbst die Feuerwehr Angst in einige Stadtteile zu Einsätzen vorzudringen, weil dort ganz andere das Sagen haben.

Natürlich wird das im Gutmenschenland Schweden auch nicht offen gesagt, mehr noch, es wird versucht, eine Zensur auszuüben, aber wer genau hinschaut oder sich auch als Besucher ein wenig in Schweden auskennt, wie der Autor, weiß schnell Bescheid, wie Schweden „funktioniert“.

Wird also ein Stadtteil genannt, und man war vielleicht einmal in der Gegend, weiß man sofort, was Sache ist und wer sich da „vergnügt“.

Vor ein paar Tagen wollte die schwedische Polizei eine Liste öffentlich machen, auf der die aktuelle Situation dargestellt werden sollte, also die Namen der Stadtteile genannt werden, die als „No-Go-Areas“ gelten oder als „gefährlich“ betrachtet werden, man also auch besser meiden sollte.

Die Stadtverwaltung von Linköping im mittelschwedischen Östergötland zum Beispiel aber, deren Stadtteil Skäggetorp es auf die No-Go-Area-Liste geschafft hatte, wollte die Veröffentlichung verhindern, [berichtet der schwedische Rundfunk SVT](#). Stadtrat Nikolas Borg schimpfte: „Die Liste dämonisiert das Viertel und schafft erst Unsicherheit“.

Davon ließ sich die Polizei jedoch nicht abhalten. „Uns ist es wichtig, die Fakten transparent darzulegen, um dann gemeinsam mit den betroffenen Bereichen dagegen angehen zu können“, so Mats Löfving von der Polizei.

Die Kommunen sorgen sich wohl um ihren Ruf, darum, dass Investoren einen Bogen um sie machen könnten und dass auch Besucher lieber fernbleiben.

Auffällig ist, dass auch kleinere Kommunen in der Liste enthalten sind, nicht nur Städte wie Stockholm und Södertälje, Göteborg oder Malmö. Auch zu finden auf der Liste des Versagens des Staates ist das kleine Kristianstad, ein 40.000-Einwohner-Städtchen im Nordosten der Provinz Skane, das Urlauber passieren, die von den südschwedischen Fährhäfen Trelleborg oder Ystad zum Beispiel zur Insel Gotland wollen. Sie fahren am No-Go-Bezirk Charlottesborg unmittelbar vorbei.

PI-NEWS-Service für Schwedenreisende

Als Service für die Leserinnen und Leser dieses Blogs, die vielleicht in diesem Jahr noch nach Schweden zum Urlaub reisen

wollen, veröffentlicht PI-NEWS hier die amtliche Liste der schwedischen Polizei über die Problemregionen im Land, damit Reisende gewarnt sind.

Gefährliche Gebiete (Quelle: [SVT Nyheter](#)):

- Fröslunda, Eskilstuna
- Klockaretorpet, Norrköping
- Lagersberg, Eskilstuna
- Navestad, Norrköping
- Rannebergen, Göteborg
- Skogås, Huddinge
- Vårby, Huddinge
- Älvsjö / Solberga, Stockholm
- Andersberg, Halmstad
- Brandbergen, Haninge
- Bredäng, Stockholm
- Bäckby, Västerås
- Charlottesborg, Kristianstad
- Edsberg, Sollentuna
- Finnsta, Upplands Bro
- Gamlegården, Kristianstad
- Hagsätra / Rågsved, Stockholm
- Hisings Backa, Göteborg
- Hässelby / Vällingby, Stockholm
- Råslätt, Jönköping
- Skiftinge, Eskilstuna
- Sångvägen, Järfälla
- Termovägen, Järfälla
- Vårberg, Stockholm
- Östberga, Stockholm
- Jordbro, Haninge
- Kronogården / Lextorp / Sylte, Trollhättan
- Storvreten / Tumba

Risikobereiche:

- Gårdsten, Göteborg

- Holma / Kroksbäck / Bellevuegården, Malmö
- Oxhagen / Varberga, Örebro
- Süden, Helsingborg
- Tjärna Ängar, Borlänge
- Tureberg, Sollentuna
- Dalhem / Drottninghög / Fredriksdal, Helsingborg
- Fornhöjden, Södertälje
- Hovsjö, Södertälje
- Rissne / Hallonbergen, Sundbyberg

Besonders gefährliche Gebiete:

- Araby, Växjö
- Bergsjön, Göteborg
- Husby, Stockholm
- Rinkeby / Tensta, Stockholm
- Skäggetorp, Linköping
- Südliches Sofiel und Malmö
- Alby, Botkyrka
- Biskopsgården, Göteborg
- Fittja, Botkyrka
- Gottsunda, Uppsala
- Hallunda / Norsborg, Botkyrka
- Hammarkullen, Göteborg
- Hjällbo, Göteborg
- Hässleholmen / Hulta, Borås
- Karlslund, Landskrona
- Lövgärdet, Göteborg
- Norrby, Borås
- Nydala / Hermodsdal / Lindängen, Malmö
- Rosengård, Malmö
- Tynnered / Grevegården / Opaltorget, V Frölunda
- Vivalla, Örebro
- Ronna / Geneta / Lina, Södertälje



Lichtmesz: „Der Große Austausch“

„Großer Austausch“ und „Bevölkerungsaustausch“ – diese Begriffe sind in den letzten Wochen ins Visier multikultureller Politiker und Journalisten gekommen.

Sie versuchen mit aller Kraft, die damit bezweckte Thematisierung des demographischen Wandels in den Ländern Westeuropas als „rechtsextreme Verschwörungstheorie“ abzutun und jeden, der es wagt, davon zu sprechen, in die Nähe von Terrorismus zu rücken.

Doch was steckt wirklich hinter dem Phänomen? Dieser Frage gingen am 18. Mai 2019 [Martin Lichtmesz](#) und Martin Sellner auf den Grund.

In rund zwei Stunden legten die beiden den rund 100 Zuhörern dar, dass der Große Austausch eben keine Verschwörungstheorie, sondern faktisch belegbar ist.



Der Fall Konstantinopel – die europäische Katastrophe

Von ACHILL PATRAS | Am Morgen des 29. Mai 1453 stürmte eine dritte Angriffswelle auf die Stadtmauern der Hauptstadt des byzantinischen Reiches. Konstantinopel, das heutige Istanbul, war bereits seit dem 2. April vom osmanischen Sultan Mehmet II. belagert worden. Die ersten beiden Angriffswellen in der Nacht konnten die Verteidiger noch zurückschlagen. Nun aber griffen die Elitetruppen des Sultans an, die Janitscharen. Die Janitscharen waren Militärsklaven. Ein ganzes Leben lang auf die Kriegsführung gedrillt. Es handelte sich um Kinder aus christlichen Familien des Kaukasus und des Balkans, die im Kindesalter von ihren Eltern entführt wurden. In der Folge wurden sie von Mitgliedern des sufischen Betaschi-Ordens zum Islam zwangskonvertiert und militärisch ausgebildet. Euphemistisch wird dieses Vorgehen als Knabenlesen bezeichnet. Dass derselbe Sufi-Islam, der zwischen dem 14. und 19. Jahrhundert Jahr für Jahr europäische Kinder als Militärsklaven zwangskonvertierte, in heutigen westlichen Diskursen als die friedliche Variante im Gegensatz zum rechtgläubigen Mainstream-Islam verstanden wird, sei hier nur am Rande erwähnt.

Vor 566 Jahren – das Ende des byzantinischen Reiches

Zurück nach Konstantinopel. Den Janitscharen gelang rasch die Überwindung der Stadtmauer. Der Widerstand der Verteidiger brach zusammen. Innerhalb weniger Stunden hatten die

osmanischen Truppen Konstantinopel unter ihre Kontrolle gebracht. Am 29. Mai 1453, heute vor 566 Jahren, hörte das byzantinische Weltreich auf zu existieren. Dieses Ereignis spielt heute in der westeuropäischen Geschichtsschreibung keine Rolle mehr. Selbst die Existenz eines oströmischen christlich-orthodoxen Kaiserreiches ist einer Mehrheit unbekannt. Dabei ist es heute zentral, sich wieder mit den großen Verläufen der Weltgeschichte zu beschäftigen. Sie ist erstaunlich aufschlussreich. Wie Zivilisationen vollständig untergehen können, machen sich die wenigsten bewusst. Wie auch, wenn die Erinnerung an diese Zivilisationen selber zunehmend verblasst.

Der Fall Konstantinopel war 1453 ein Schock, aber keine große Überraschung mehr. Das byzantinische Reich war im 15. Jahrhundert ein Schatten seiner selbst. Reduziert auf einige wenige Provinzen in Thrakien und Kleinasien. Das einst mächtige Reich war über 700 Jahre lang Angriffen muslimischer Dschihadisten ausgesetzt. In den ersten Eroberungszügen fielen im siebten Jahrhundert Palästina und Ägypten an die neuen islamischen Machthaber. Das byzantinische Reich selber überlebte aber die erste Welle der islamischen Angriffskriege. Das Reich behielt die Kontrolle über Kleinasien, also das Gebiet, das heute als Türkei bezeichnet wird.

Die türkisch-muslimische Einwanderung nach Kleinasien begann erst 1071

Die entscheidende Schlacht aber, die den Untergang des oströmischen Weltreiches einleitetet, war die Schlacht von Manzikert 1071 nördlich des Vansee. Hier trat Kaiser Romanos IV. dem seldschukischen Sultan Alp Arslan entgegen, wurde allerdings von diesem geschlagen. In der Folge kam es zu einer innerbyzantinischen Krise und das Reich konnte seine Außengrenzen nicht mehr schützen. Die Seldschuken setzten nicht nur militärisch nach, sondern brachten auch ihre Familien in das neue Land mit. Die heutigen Relotius-Medien würden wohl von Schutzsuchenden sprechen. Wie man die Vorgänge

als Folge der Schlacht von Manzikert auch bezeichnen möchte, im Resultat kam es zu einer ersten Besiedlung des anatolischen Kernlandes durch turkmenische Stämme. Diese Stämme hatten den Islam angenommen, der ihre Identität gegenüber der christlichen Mehrheitsbevölkerung Kleinasiens abschirmte. Anstatt sich schrittweise in die gesellschaftliche Umgebung einzufügen, bildeten sie eigene Fürstentümer und lokale Parallelgesellschaften.

Gegen die militärische Bedrohung durch die türkischen Seldschuken, die nach und nach Kleinasien eroberten, rief der orthodoxe byzantinische Kaiser die westliche katholische Christenheit um Hilfe. Ein Umstand, der heute gerne vergessen wird, ist, dass dieser Hilferuf seinerseits die Kreuzzüge auslöste. Diese halfen zum einen die verbliebenen byzantinischen Gebiete in Kleinasien zu stabilisieren, zum anderen trugen auch der vierte Kreuzzug durch die Errichtung des lateinischen Kaiserreiches (1204–1261) dazu bei, das Byzantinische Reich zu schwächen.

1923: Abschluss des kleinasiatischen Bevölkerungsaustauschs

Die islamische Besiedlung der Türkei nahm jedoch nicht mit dem Fall von Konstantinopel ihren Abschluss. Der Fall Konstantinopels war nur der sichtbare Wendepunkt. Im Gegenteil: bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts waren Teile der heutigen Türkei wie beispielsweise die westlichen Küstenregionen noch mehrheitlich christlich, meist griechisch bewohnt. Erst mit dem Völkermord an den Armeniern im Ersten Weltkrieg und der weniger bekannten Ermordung und Vertreibung der letzten nennenswerten griechischen Bevölkerung bis 1923 wurden die Reste der christlichen Urbevölkerung Kleinasiens entfernt. 852 Jahre lagen zwischen der Schlacht von Manzikert 1071 und der kleinasiatischen Katastrophe 1923. 852 Jahre zwischen der ersten Einwanderungsbewegung und der letzten Vertreibung und Ermordung von Christen in Kleinasien. Auch wenn es lange dauern kann. Zivilisationen und Bevölkerungen, die sie einst hervorgebracht haben, können vollständig von

ihrem Erdboden vertilgt werden. Deshalb sollte der heutige Untergang des byzantinischen Reiches vor 566 Jahren wieder Teil der gesamteuropäischen Erinnerungskultur werden.



Paukenschlag: Dänemark will dauerhafte Grenzkontrollen

Von CHEVROLET | Paukenschlag aus Kopenhagen: Dänemark will die im Jahr 2016 „vorübergehend“ eingeführten Grenzkontrollen jetzt dauerhaft weiterführen. Der Grund: Die Bedrohung des Landes durch die Massen-Migration und den Terrorismus, der durch die „Flüchtlinge“ ins Land getragen wurde. Damit widerspricht das Königreich offen dem Schengener Abkommen der EU, das dauerhafte Grenzkontrollen ausschließt.

Ministerpräsident Lars Løkke Rasmussen, Außen- und Integrationsminister Inger Støjberg und Morten Løkkegaard, Spitzenkandidat für die EU-Parlamentswahlen, erklärten gemeinsam dass Dänemark 50 Millionen Kronen (knapp 6,7 Millionen Euro) aufwenden werde um neue intelligente Überwachungsmethoden für die Grenzen des Landes zu testen, [wie „Danmarks Radio“ \(DR\) berichtet.](#)

Die regierende „Venstre“-Partei kündigte zudem an, dass sie Reformen für das Schengener Abkommen auf den Weg bringen will. „Wir müssen klar feststellen, dass wir permanente

Grenzkontrollen brauchen. Der Druck durch die Migranten, grenzüberschreitende Kriminalität und natürlich die terroristische Bedrohung zwingen uns dazu,“ so Premier Rasmussen. „Als Nationalstaat müssen wir die Kontrolle über unsere Grenzen selbst haben. Daher muss das Schengener Abkommen so geändert werden, dass wir wieder die politische Kontrolle über unsere Grenzen haben,“ so Rasmussen weiter.

Dänemark und das benachbarte Schweden führten 2016 unter dem Eindruck der Flüchtlingsschwemme „temporäre Grenzkontrollen“ ein. Zudem haben die Dänen besonders an der Grenze zu Schweden die Kontrollen verschärft, um damit dem islamischen Terrorismus zu begegnen.

Dass es Chancen auf wenigstens minimale Änderungen des Schengener Abkommens gibt, bezweifeln Beobachter wie die DR-Korrespondentin Karin Axelsson: „Da wird es starken Widerstand von einigen Ländern geben.“ Allen voran wird da natürlich Angela Merkel marschieren, gefolgt von den auf ihre Linie gebrachten übrigen Ländern.



Österreich: Kopftuchverbot für Mädchen an Grundschulen

Die österreichische Regierung hat ein Gesetz verabschiedet, das es untersagt, dass Mädchen in der Grundschule ein Kopftuch

tragen. Die Maßnahme gegen die Unterdrückung von Mädchen führte sofort bei denen zu Aufregung, die sich sonst mit schriller moralischer Überheblichkeit für Frauenrechte einsetzen. Wenn andere das machen, sogar noch gegen den sakrosankten Islam, dann ist das allerdings nicht erwünscht. Die [FAZ](#) schreibt:

Das österreichische Parlament hat ein Kopftuchverbot für Grundschulkinder beschlossen. Mit dem neuen Gesetz, für das am Mittwochabend die Abgeordneten der Regierungskoalition aus der konservativen ÖVP und der rechtspopulistischen FPÖ stimmten, wird „das Tragen weltanschaulich oder religiös geprägter Bekleidung, mit der eine Verhüllung des Hauptes verbunden ist“, künftig untersagt.

Die Regierung hat aber klargestellt, dass sich das Gesetz nur gegen das islamische Kopftuch richtet – und nicht gegen die jüdische Kippa und die Patka der Sikhs.

Der bildungspolitische Sprecher der FPÖ, Wendelin Mölzer, sagte, mit dem Kopftuchverbot solle ein Signal gegen den politischen Islam gesetzt werden. Der ÖVP-Abgeordnete Rudolf Taschner sagte, es gehe darum, muslimische Mädchen von einer „Unterwerfung“ zu befreien. Die Opposition stimmte fast geschlossen gegen das Kopftuchverbot und warf der Regierung vor, es gehe ihr nur um Schlagzeilen und nicht um das Kindeswohl.

Und worum geht es der österreichischen Opposition? Wenn Moslems ihre kleinen Töchter zwingen, ein Kopftuch zu tragen, dann sollte sie sich klar werden, dass dahinter in erster Linie zwei Absichten stecken:

1. Dem Mädchen soll bewusst gemacht werden, dass es im Gegensatz zum Jungen restriktiver behandelt wird, dass ihm engere Grenzen gesetzt werden, symbolisch bereits mit der Kleidung. Der Junge muss auch bei schönem Haupthaar kein Kopftuch aufsetzen, muss keine Kleidung

tragen, die über die Knöchel reicht, er hat im Sommer die Möglichkeit, sich locker anzuziehen. Das Mädchen muss verhüllende Kleidung tragen, der Junge bleibt frei. Das Mädchen darf weniger, der Junge mehr, das Mädchen ist weniger wert. Das lernen sie beide schon von früh auf. Wie sehr die Ungleichheit der Geschlechter im Bewusstsein von Moslems verbreitet ist und auch gelehrt wird, zeigen heimlich aufgenommene Predigten (2010?) in der Green Lane Moschee in Birmingham, siehe [im Video](#) ab Minute 10:30.

2. Das Kopftuch soll die Reize des Mädchens (sic) verbergen. Wenn also Eltern ihren kleinen Mädchen ein Kopftuch aufzwingen, gehen sie in dem Moment davon aus, dass das Mädchen geschlechtsreif ist, es hat zu dem Zeitpunkt Reize, eben das Haupthaar, das Männer anziehen könnte, so die Überlegung dahinter.

In der gerade genannten Green Lane Moschee in Birmingham wurde das so gepredigt (11:17):

Scheich Al Jibali sagt, der Hijab muss den jungen Mädchen aufgezwungen werden, wenn nötig, mit Gewalt. „Im Alter von zehn wird es für uns zur Pflicht, sie zu zwingen, einen Hijab zu tragen. Und wenn sie keinen Hijab trägt, dann schlagen wir sie.“

Unser Reporter filmte heimlich diesen Prediger, Dr. Bilal Philips, wie er religiöse Unterweisungen an Green Lane gab. In seiner Rede in der Moschee, die auch im Internet Chatroom übertragen wurde, behauptet er, dass es erlaubt ist, ein Mädchen vor der Pubertät zu heiraten. Er behauptet, der Prophet Mohammed habe ein neunjähriges Mädchen geheiratet, weswegen es auch heute erlaubt sei.

„Der Prophet Mohammed hat praktisch die Regeln zur Hochzeit vor der Pubertät unterbreitet. Mit seiner Praxis hat er klargestellt, was erlaubt ist. Und deshalb sollten wir daraus keinen Streitpunkt machen, wenn ein älterer Mann eine jüngere

Frau heiratet, was heutzutage von der Gesellschaft mit Argwohn betrachtet wird.

Aber wir wissen, dass der Prophet es so praktiziert hat. Es war kein Missbrauch oder Ausbeutung, es war Ehe.

Die hier geäußerten Ansichten sind für eine freie westliche Gesellschaft inakzeptabel. Zum „politischen Islam“ werden sie aber dann, wenn die Öffentlichkeit sich an solche perversen Ausdrucksformen von Frauen- und Kinderverachtung gewöhnen soll, indem sie forciert vorgelebt werden, wenn die eigenen Töchter mit diesen Symbolen der Unterdrückung ins öffentliche Leben, in die Grundschule, geschickt werden.

Dadurch versucht man langfristig eine Gesetzgebung vorzubereiten, die der islamischen Scharia nahe kommt. Die Scharia bzw. die hinter ihr stehende Religion ist momentan die einzige auf der Welt, die ganz offiziell den Anspruch vertritt, weltliche Macht und weltliche Gesetzgebung zu gestalten, für alle Staatsbürger im jeweiligen Land.

Die österreichische Regierung hat dies richtig erkannt und die richtigen gesetzgeberischen Konsequenzen gezogen. Es ist den Moslems unbenommen, ihre Kopftücher zu Hause weiterhin stundenlang auf- und abzusetzen, soviel sie immer wollen. In einer zivilisierten Gesellschaft eines freien Landes hat das aber bei Kindern rein gar nichts zu suchen!



Brüssel: Aggressiver Schwarzer geht auf RTL-Fernsehteam los

Von CHEVROLET | Politiker und die Wirklichkeit – die Entfernung ist so groß wie die von London nach Sydney. Das gilt für die deutschen Politiker, aber auch und erst recht für die EU-Politiker in Parlament und Kommission.

Und dabei ist es doch so leicht für die Eurokraten und auch für die 32.000 Mitarbeiter in Brüssel, die Wirklichkeit kennenzulernen – und die Folgen ihrer grenzenlosen Politik zur Islamisierung Europas durch mehr und mehr Eindringlinge nach Europa.

Das hätten sie gut machen können, wenn sie am vorigen Sonntagmorgen am Brüsseler Nordbahnhof Gare du Nord gewesen wären. Dort war nämlich ein Kamerateam des belgischen Zweiges von RTL. Und das machte ein Erlebnis der besonderen Art mit denen, die sich so gerne „Flüchtlinge“ oder sonst was nennen, um an die Geldquellen Europas zu kommen und in großer Zahl dort hausen.

Das Team von RTL war damit beschäftigt, mit Busfahrern des flämischen Linienbusunternehmens „De Lijn“ zu sprechen und dabei den Busbahnhof des Gare du Nord im Stadtteil Schaerbeek zu filmen. Wer Brüssel kennt, weiß schon lange, dass der Bahnhof nicht gerade der schönste und gemütlichste Ort der eigentlich ganz charmanten belgischen Hauptstadt ist, doch in letzter Zeit lungern dort immer mehr vorwiegend Afrikaner herum, lagern dort nachts und tun all das, wofür sie hinlänglich bekannt und berüchtigt sind.

Plötzlich geht ein Schwarzer auf die TV-Crew los, schießt wohl in die Luft und schreit die Reporter an „Wir sind keine Tiere“ („We are not animals“ in Englisch), [wie das Video des Senders](#)

beweist. Er greift das TV-Team an, bewirft es mit Gegenständen und entreißt ihm das Stativ einer Kamera. Der Reporter versucht erfolglos, den hochaggressiv auftretenden Mann zu beruhigen und sagt, dass er gar nicht gefilmt worden sei, denn es ging nicht um die gewalttätigen Illegalen, sondern um die „De Lijn“-Fahrer. Schließlich zieht sich das Team zurück.

Die Fahrer von „De Lijn“ beklagen schon länger die miserable Sicherheitslage am Gare du Nord und nun auch noch erhebliche gesundheitliche Risiken durch die dort herumlungenden Personen, die oft an Tuberkulose, Krätze und Malaria erkrankt seien, wie unlängst auch „Het Laatste Nieuws“ berichtete.

Dabei denken sie nicht nur an sich, sondern auch an die Nutzer des Bahnhofs, der ein wichtiger Umsteigepunkt in der belgischen Hauptstadt ist. Aus diesem Grund entschloss sich die Busgesellschaft „De Lijn“, die Haltestellen am Gare du Nord nicht mehr anzufahren. Auch die Gewerkschaften ACV, SCOD und ACLVB unterstützen die Klagen der Fahrer, die um die Gesundheit fürchten.

Unterdessen schloss sich auch das Busunternehmen STIB „De Lijn“ an und fährt den Gare du Nord nicht mehr an. Alle Routen der beiden Firmen wurden auf Bus-Stopps in der Umgebung verlegt.



Daniel Pipes: AfD, FPÖ und Fidesz sind die Zukunft Europas

Von COLLIN MCMAHON | Der US-Islamexperte Daniel Pipes hat vergangene Woche Berlin besucht und sich mit alternativen Medien – unter anderem PI-NEWS – und der AfD getroffen. Der renommierte konservative jüdische Vordenker warnt im exklusiven PI-NEWS-Interview vor den Gefahren des radikalen Islam und setzt seine Hoffnung in die neuen konservativen Parteien in Europa.

Daniel Pipes promovierte 1978 an der Harvard University in Geschichte und hat 16 Bücher und unzählige Artikel geschrieben. Schon sein Vater Richard Pipes war richtungsweisender Akademiker, der als Russland-Experte Ronald Reagan half, den Eisernen Vorhang zum Einsturz zu bringen. Pipes gründete 1994 den Thinktank „Middle East Forum“, mit dem er für verfolgte Islamkritiker auf der ganzen Welt kämpft. Schon seit 2005 traf er Geert Wilders und half ihm später juristisch und finanziell, vergangenes Jahr schuf er mit den #freetommy Demos eine landesweite Bewegung in UK und half Tommy Robinson aus dem Gefängnis.

Obwohl er ein profunder Kenner des Nahen Ostens ist, arabisch liest und viel dort unterwegs ist, wird Daniel Pipes in der Mainstreampresse ohne Beweise als „Islamhasser“ diffamiert. Dabei hat er viele Kollegen und Verbündete in der islamischen Welt, und tritt für einen gemäßigten Reform-Islam ein. Dies unterscheidet ihn von fundamentalen Islamkritikern wie Geert Wilders oder Tommy Robinson, die mitunter dem Islam die Reformfähigkeit absprechen. Trotzdem kämpft er mit erheblichem Einsatz für deren Recht auf freie Meinungsäußerung.

Auf dem Weg zu einer Konferenz in Budapest, die von Viktor

Orbán ausgerichtet wird, wollte Pipes nun die neuen konservativen Kräfte in Berlin und Wien besuchen. Er verwendet selber den Begriff „zivilisatorisch“ statt „rechts“ oder „populistisch“, denn es gehe diesen Parteien im Wesentlichen um den Erhalt der westlichen Zivilisation.

Pipes sieht diese Parteien wie die AfD, FPÖ und Fidesz als die Zukunft Europas und glaubt, sie werden in 15 Jahren Europa dominieren. Nach ihm gibt es vier verschiedene Modelle, wie dies passieren wird:

1.) Das ungarische Modell, in dem eine zivilisatorische Partei die Regierung und das ganze Land dominiert, inklusive Medien und Wirtschaft, wie das Viktor Orbán in Ungarn macht (eine für Pipes nicht ganz unproblematische Situation).



Daniel Pipes mit Markus Frohnmaier (AfD).

2.) Das italienische Modell, in dem eine zivilisatorische Partei mit einer links-anarchistischen Partei wie die Fünf Sterne Bewegung die Regierung bildet – ein ebenfalls problematisches Modell. Das deutsche Pendant wäre die Sympathie, die viele sozial eingestellte AfD-Anhänger für Sahra Wagenknecht und den Linkspopulismus der „Aufstehen!“-Bewegung empfinden.

3.) Das österreichische Modell, eine Koalition aus altkonservativen und zivilisatorischen Parteien, wie die ÖVP/FPÖ-Regierung in Wien. In Deutschland würde dies z.B.

einer Koalition zwischen Werte-Union, CSU und AfD entsprechen. Dieses Modell findet Pipes für Deutschland in 15 oder 20 Jahren am wahrscheinlichsten.

4.) Die altkonservativen Parteien kopieren die Positionen der zivilisatorischen Parteien und verdrängen sie, wie dies die Republikaner in Frankreich oder Mark Rutte der VVD in den Niederlanden versuchen.

Die Hoffnung, dass die Probleme der islamischen Masseneinwanderung irgendwann von selber verschwinden, teilt Pipes nicht. Vielmehr seien nun drei zunehmend schwierige Herausforderungen zu meistern: Der erste Schritt, die Grenzen zu sichern, sei der einfachste, wie Matteo Salvini in Italien gezeigt hätte. Wer seine Grenzen schützen will, der könne dies auch. Der zweite Schritt, die Illegalen, Kriminellen und Terroristen auszuweisen, sei schon bedeutend schwieriger: „Salvini hat angekündigt, 500.000 Illegale ausweisen zu wollen. Ich weiß nicht, wie er das schaffen will“, so Pipes.

Die dritte und größte Herausforderung seien aber die Passdeutschen, die bereits Staatsbürger seien, aber sich beharrlich weigerten, sich zu integrieren und letztendlich eine schleichende Islamisierung des Abendlandes darstellten. „Unser größtes Problem ist nicht Gewalt und Terror, denn dagegen kann man etwas tun“, so Pipes. Es sei die friedliche, schrittweise Veränderung der Gesellschaft, die viel gefährlicher sei. Hier sehe er auch keine Lösung in Sicht: „Ich bin pessimistisch, was das angeht.“



Daniel Pipes mit Jürgen Braun (AfD).

Kontaktscheue mit der AfD oder FPÖ habe Pipes als amerikanischer Jude nicht. Er sieht diese Parteien als natürliche Verbündete Israels und der Juden in Europa. In seinem jüngsten, lesenswerten Aufsatz „[Europas Juden gegen Israel](#)“ spricht er von einer „Schlacht, bei der der mächtige Staat Israel und die kleine und schrumpfende jüdische Gemeinde Europas gegeneinander stehen.“

Diese Schlacht finde „in vielen europäischen Ländern statt, wo ausnahmslos um dasselbe Thema gestritten wird: was die Presse als rechte extreme, populistische, nativistische oder nationalistische Parteien bezeichnet – und die ich zivilisatorische Parteien nenne (weil sie in erster Linie anstreben, die westliche Zivilisation zu erhalten).“ Israels Führung dagegen betrachte diese Parteien mittlerweile „als ihre besten Freunde in Europa, während Europas jüdisches Establishment ... sie als unverbesserlich antisemitisch darstellt, sogar eine Rückkehr zu den faschistischen

Diktaturen des zwanzigsten Jahrhunderts vermutet.“

Pipes kritisiert die Anführer der jüdischen Gemeinde in Europa, die zur Massenzuwanderung schweigen und ihre kollektive Feindseligkeit auf zivilisatorische Parteien lenkten, nur weil diese jüdischen Vertreter „weiter respektiert, ihren Zugang zur Regierung behalten und von den Mainstream-Medien nett behandelt werden wollen.“

Parteien wie die AfD und FPÖ betrachten laut Pipes Israel als „moralischen Waffenbruder und Verbündeten“ gegen den Islamismus. „Sie zeigen das durch die [Bekämpfung von Antisemitismus](#), den Bau von [Holocaust-Museen](#), Verurteilung des [Iran-Deals](#), Drängen auf die Verlegung der [Botschaften nach Jerusalem](#), von Israels Sicherheitsdiensten lernen und Israels Interesse innerhalb der [Europäischen Union](#) schützen. Geert Wilders aus den Niederlanden lebte ein Jahr lang in Israel und besuchte das Land seitdem Dutzende Male. Dass Europas Juden dort sicherer leben, wo Zivilisationisten strenge Kontrollen für Migration anordnen, verstärkt nur die israelische Wertschätzung; wie Evelyn Gordon festhält, „berichteten Ungarns 100.000 Juden 2017 nicht einen einzigen Übergriff, während Britanniens 250.000 Juden 145 solche meldeten.“

Pipes' Besuch in Berlin zeigt schon Wirkung: Als am Donnerstag alle Regierungsparteien [gegen FDP und AfD stimmten](#), die das israelfeindliche Abstimmungsverhalten der Merkel-Regierung in der UNO verurteilen wollten, schrieb Pipes auf [Twitter](#):

[#Germany](#)'s parliament voted yesterday on a resolution to vote favorably to Israel at the UN. 1 member out of 398 in the government coalition (2 circles on left) voted in favor. 89% of [#AfD](#) & 86% of FDP voted in favor.

*Me: Merkel just talks, AfD delivers. <https://t.co/9ew1U99WyE>
<pic.twitter.com/K0d69dWV49>*

– Daniel Pipes ?????? ?????? (@DanielPipes) [15. März 2019](#)

Der Historiker Michael Wolffsohn zitierte sogleich seinen Tweet in der [Bild-Zeitung](#):

[...] 89 Prozent der AfD-Parlamentarier haben sich auf die Seite des Jüdischen Staates geschlagen. Damit liegen sie sogar noch vor der FDP als Antragstellerin. „Merkel redet, die AfD liefert“, twitterte der namhafte amerikanisch-jüdische Nahost-Experte, Prof. Daniel Pipes. Das ist, wenngleich überspitzt, leider wahr.

„Dank“ jener Abstimmung wird man fortan die AfD nicht mehr pauschal als antisemitisch, antiisraelisch oder antizionistisch bezeichnen können, ohne der Unglaubwürdigkeit bezichtigt zu werden, denn: Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. [...]

Dem ist nichts hinzuzufügen.



Stadt Graz fördert Islampropaganda

Die Stadtbibliothek Graz Nord bietet am Dienstag, den 29. Januar, von 9 bis 11 Uhr eine Islam-Propagandaveranstaltung für Jugendliche von 12 bis 19 Jahren an. In der öffentlichen Einrichtung soll den Jugendlichen ein ins grün-rote Weltbild passendes und damit unkritisches Islamverständnis vorgegaukelt

werden. [Hier die Projektbeschreibung:](#)

Der Workshop „Shalom – Salam – Grüß Gott“ ist ein Beitrag zum interreligiösen Lernen und zum interkulturellen Dialog. Er bietet eine Begegnungsmöglichkeit mit den drei großen monotheistischen Weltreligionen Judentum, Christentum und Islam.

Ziel dieses Workshops ist ein Kennenlernen der drei genannten Religionen inklusive ihrer Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Damit stellt dieses Angebot auch eine Präventionsarbeit gegen Antisemitismus und Islamophobie dar.

Im direkten Vergleich der verschiedenen Religionen werden Themen wie Religionsgründer, Feiertage, Konfessionswechsel, Speisevorschriften, Gebete, Gotteshäuser, heilige Schriften, religiöse Symbole, Glaubensanhängerinnen und -anhänger weltweit uvm. behandelt.

Leitung: Granatapfel Kulturvermittlung..

...versteht sich als interkulturelles Bildungsangebot, das den interreligiösen Dialog fördern und damit einen Beitrag gegen Rassismus und Antisemitismus leisten möchte.

Alter: 12-19 (Workshop passt sich an das Alter der Teilnehmenden an)

Die Veranstaltung findet im III. Bezirk Geidorf in der Theodor-Körner-Str. 59 statt. Die Themen zeigen bereits, dass hier ein artiger Schulbuchislam präsentiert werden soll, gleichberechtigt neben Christentum und Judentum.

Eine solche Darstellungsweise wird jedoch nicht den vielen faschistischen Facetten des Islam gerecht und verschweigt Missstände, die es massenweise gibt und die in der Struktur dieser vorgeblichen „Religion“ oder gar „Kultur“ angelegt sind. Folgende Fragestellungen gehören geklärt bzw. in einen „interreligiösen Dialog“ gebracht, bevor ein falsches Bild an

Schulkinder weitergegeben werden kann:

- Grundsätzlich erhebt der Islam den Anspruch, dass seine Gesetzgebung, die Scharia, als Gesetzgebung des staatlichen Rechtes fungieren soll, siehe die [Kairoer Erklärung der Menschenrechte](#), die die Menschenrechte (und damit nachfolgende Gesetze) unter den Vorbehalt der Scharia stellt.
- Einer dieser Vorbehalte der Scharia ist, dass nach religiösem Recht (das weltlich werden soll), der Abfall vom Islam (Apostasie) mit dem Tode zu bestrafen ist. Auch wenn dies nicht in allen islamischen Ländern gilt, so steht der Austritt aus dem Islam fast überall unter Strafe und / oder wird durch schwere Repressalien verhindert.
- In Pakistan führt das islamische (= staatliche) Recht z.B. dazu, dass eine „Beleidigung des Propheten Mohammed“ mit dem Tode bestraft wird, gleichfalls eine „Beleidigung des Koran“ und natürlich auch eine „Beleidigung des Islam“. Wie schnell damit Andersgläubige (mund)tot gemacht werden, zeigt der traurige Fall der Christin Asia Bibi dort.
- Geklärt gehört insbesondere auch das Frauenbild im Islam, insbesondere, ob die Koran-Sure 4, 34 weiterhin gültig ist, die der Frau nur halben Wert zuspricht und dem Mann erlaubt seine Frau zu schlagen.
- Weitere Themen wären das Heirats- und Beischlafverhalten des „Propheten Mohammed“, seine „Ehe“ mit einer Sechsjährigen und der „Vollzug“ derselben, als seine „Frau“ Aisha neun Jahre alt ist!
- Oder die Beschneidung wehrloser Jungen (hier ein guter „interreligiöser Vergleich“ zum Judentum möglich) ohne jegliche medizinische Indikation; das betäubungslose Schächten von Tieren und so weiter und so fort.

Doch nach diesem kleinen Exkurs über die zu vermittelnde Religion zurück zu den Kulturvermittlern: Stadt Graz,

Stadtbibliothek Graz und „Granatapfel Kultur“.

Eine weitergehende Zusammenarbeit wird zumindest von „Granatapfel“ gewünscht, aus welchen finanziellen oder ideologischen Gründen auch immer. So bieten sie mit „Trialog macht Schule“ eine Fortsetzung des Workshops in der Schule an, also bei der Zielgruppe, die auch mit dem Workshop angesprochen werden soll (9 – 11 Uhr, in der Schulzeit), mit im Grunde denselben [verharmlosenden Inhalten](#):

Die Erweiterung dieses Workshops stellt „Trialog macht Schule“ dar:

Dazu kommt ein Experte zum Islam und eine Expertin zum Judentum an die Schule oder Bildungseinrichtung. Der christliche Aspekt kann von einer Religionspädagogin vor Ort abgedeckt werden.

Mehr zum Trialog

Der Workshop bietet die Möglichkeit...

... Bücher in hebräischer und arabischer Sprache durchzublättern,

... den eigenen Namen in hebräischen und arabischen Buchstaben zu schreiben,

... religiöse Symbole zu basteln,

... Spiele zum Thema zu spielen,

... Kreuzworträtsel zu lösen,

... einen interreligiösen Kalender zu basteln,

... den eigenen Geburtstag im jüdischen und muslimischen Kalender zu suchen,

... religiöse Gegenstände zum Judentum, Christentum und Islam aus der Nähe zu bestaunen,

... koschere und hallal Gummibärchen zu kosten

... und vieles mehr!

Zwar werden so gut wie alle Bevölkerungsgruppen von der Islam-Propaganda angesprochen, an erster Stelle stehen aber wie gesagt, in dieser Reihenfolge: „Schüler*innen von der Volksschule bis zur Matura für alle Schultypen, Studierende, Lehrlingsausbildung, Lehrer*innenfort- und ausbildung“.

[Aus der nachfolgenden Beschreibung](#) wird deutlich, dass die Stadt Graz bei dieser „rassismuspräventiven Maßnahme“ „gegen Ausgrenzung“ direkt (mit Geld) oder indirekt (durch kostenloses Zur-Verfügungstellen von Räumlichkeiten) bei der Finanzierung beteiligt ist:

*Für Schulgruppen: Es sind explizit alle Schüler*innen eingeladen am Workshop teilzunehmen, egal welchen kulturell-religiösen Background sie besitzen, auch wenn sie oder deren Eltern sich keiner Religion zugehörig fühlen. Ein wesentliches Ziel dieses Angebots ist die interreligiöse und interkulturelle Begegnung, die wir auch als rassismuspräventive Maßnahme verstehen, welche sich gegen Antisemitismus, Islamophobie und anderer Formen von Ausgrenzungen wendet.*

Zeitungsumfang: 2-3 UE (plus ca. 1 UE Vorbereitung des Stationenbetriebs)

Ort der Durchführung:

- *entweder in der buchenden Bildungseinrichtung oder*
- *in der Keesgasse in der Innenstadt von Graz (dankenswerterweise zur Verfügung gestellt von der Stadt Graz, Abteilung für Bildung und Integration)*

Personenbeschränkung: ungefähr in Klassenstärke.

Kostenbeitrag: Das Projekt ist dankenswerterweise von der öffentlichen Hand und privaten Organisationen unterstützt. Damit wir trotzdem unsere Kosten decken können, ersuchen wir um einen kleinen Unkostenbeitrag, der von der aktuellen Fördersituation, vom Schultyp und vom Ort der Durchführung abhängt.

Auch auf ihrer [Homepage](#) dankt „Granatapfel“ ausdrücklich der Stadt Graz in Fettdruck für die „großzügige Unterstützung“, die es ermöglicht, dass „alle vierten Klassen der Grazer NMSn“ „kostenfrei“ im Islam unterwiesen werden können.

Für am Dialog interessierte Leser bietet sich nun eine Fülle von Möglichkeiten, in einen Dialog (oder „Triialog“) mit den Verantwortlichen zu treten. Man kann bei den Beteiligten (Stadt Graz, Bibliothek oder „Granatapfel“) nachfragen, ob ihnen die faschistoiden Inhalte des Islam bekannt sind und wie sie dazu stehen.

Man kann fragen, ob die genannten Aspekte des Islam oder gerne auch alle drei Religionen kritisch hinterfragt werden und mit welchen Fragestellungen das genau in die Workshops oder Schulungen eingeht.

Die Stadt Graz sollte in der Lage sein, Fragen nach der Höhe der Zuschüsse zu beantworten und aus welchen „Töpfen“ diese genommen werden. Wir sind gespannt auf die Reaktionen.

Gerne bieten wir von PI-NEWS allen Beteiligten, also der Stadt Graz, der städtischen Bibliothek, der Organisation „Granatapfel“ und weiterhin natürlich auch den Islamverbänden an, einige oder alle der im Artikel angesprochenen Punkte auf PI-NEWS zu diskutieren, ungekürzt und unzensiert (wenn auch nicht unwidersprochen).

Kontakt:

» **Stadt Graz**

Rathaus

8011 Graz

Tel.: +43 316 872-0

stadtverwaltung@stadt.graz.at

» **Stadtbibliothek Geidorf**

Theodor-Körner-Str. 59

8010 Graz

Tel: +43316-872-7990

E-mail: stadtbibliothek.geidorf@stadt.graz.at

» Granatapfel

Mag.a Kathrin Ruth Lauppert-Scholz

Tel. : +43 699 16969 441

Mail: kontakt@granatapfel.ws

(Spürnase: Erwin)



Toblerone hofiert den Islam

„Toblerone entspricht jetzt auch den Geboten aus dem Koran!“, jubelt [„TAG24“](#). Fett gedruckt und mit einem Ausrufezeichen versehen beginnen sie ihren verheißungsvollen Artikel. Und geradezu enthusiastisch schwärmt [der BLICK](#) aus der Schweiz, wie toll die neue Halal-Schokolade von Toblerone jetzt immer und überall ist:

Ob London, Tokio, Riad oder New York – jede Toblerone, die irgendwo auf der Welt unter einem Weihnachtsbaum landet, hat den Herkunftsort Bern. Und dort ist man auf die weltbekannte Zackenschoggi stolz. Auch wenn Toblerone längst dem US-Unternehmen Mondelez gehört, weiss in Bern-Brünnen jedes Kind: Die Schoggi läuft hier bei uns vom Band.

*Was bisher unter dem Radar blieb: Neuerdings gilt **jede Toblerone** [Hervorhebung durch PI] als halal, also auch für*

Muslime als erlaubt. Seit April entspricht die Süssigkeit dem islamischen Reinheitsgebot. Mondelez hat das Werk in Bern entsprechend zertifizieren lassen, wie eine Sprecherin gegenüber SonntagsBlick bestätigt.

Aus wirtschaftlicher Sicht mag das für die Schweizer Traditionsfirma sinnvoll erscheinen, denn 97 Prozent der Schokolade werden exportiert und das heißt eben auch in islamische Länder.

Die haben alle dieselbe Eigenart, dass sich nämlich der Anteil der Muslime dort ständig erhöht, zahlenmäßig, aber auch im Verhältnis, und dass alle anderen Religionen verlieren. Überall auf der Welt, mal schneller, mal langsamer, mal mit mehr, mal mit weniger Gewalt und Schikane vorangetrieben.

Toblerone profitiert damit beziehungsweise richtet sich ein auf die Anweisung der Scharia, der gemäß ein Abfall vom Islam [mit dem Tode zu bestrafen](#) ist. Die Todesstrafe wird nicht überall umgesetzt, allerdings ist die Diskriminierung und Schikanierung anderer Glaubensgemeinschaften in islamischen Ländern eher die Regel als die Ausnahme.

Das bringt eine Vergrößerung des Kundenstammes mit sich, der halal-Lebensmittel konsumieren muss, also von Allah empfohlene und erlaubte. Und „halal“ ist im Falle von Toblerone nicht nur der Verzicht auf Alkohol bei der Herstellung von Aromen, der die Schokolade jetzt als erlaubt zertifiziert.

«Es ist eine Lebensphilosophie», sagt Mounir Khouzami vom Swiss Arab Network, das der Förderung von Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und arabischen Ländern dienen will.

Schöner Geschäftspartner und schöne Lebensphilosophie, die das betäubungslose Schächten von Rindern vorsieht und das Steinigen von Apostaten und [Ehebrechern](#). (Minute 7:51) Ihr

wisst es bei Toblerone und bei Mondelez, dass das so ist. Ihr wisst, welche Regeln die Scharia hat, im Umgang mit wehrlosen Tieren, mit Ehebrecherinnen, mit Glaubensaussteigern. Im Islam gelten Menschenrechte nur, sofern sie im Einklang mit diesem Un-Rechtssystem stehen. Und deshalb wird das Thema von euch schön klein gehalten:

Das Thema ist politisch aufgeladen. Auf Firmen, die mit dem Prädikat «halal» werben, wird in sozialen Medien mit Boykottaufrufen reagiert. Mondelez verzichtet deshalb darauf die neuste Errungenschaft anzupreisen: «Die Halal-Zertifizierung ist nicht auf der Packung angebracht.» Man möchte die Halal-Produktion auch lieber nicht öffentlich präsentieren.

Der Versuch, unliebsame Wahrheiten zu verheimlichen, möge ihnen misslingen. Wenn Toblerone eine Ideologie unterstützt, die Aussteiger mit dem Tode bedroht, eine Ideologie, die sich nicht vom Rechtssystem der Scharia emanzipieren und distanzieren mag, dann verliert der Name dieser Firma seinen guten Klang und das Stück Schokolade bleibt dann wohl so manchem im Halse stecken.

Kontakt:



Mondelez/Toblerone Schweiz GmbH
Dirk van de Put (CEO)
Lindbergh-Allee 1
CH-8152 Glattpark
Tel: +41 (0)800 – 412 412
Email: verbraucherservice@mdlz.com



Die Spur des Straßburg-Mörders führt nach Deutschland

Von JOHANNES DANIELS | Überraschung: Der marokkanisch-stämmige [Mörder vom Straßburger Weihnachtsmarkt](#), bezeichnenderweise am „Place Kléber“, ist ein bereits in Deutschland verurteilter Straftäter. Cherif Chekatt ist derzeit weiterhin auf der Flucht, ein „Abstecher“ in sein früheres Gastland Deutschland über die nahe gelegene Grenze in Kehl wird nicht mehr ausgeschlossen. Demnach schließen die französischen Sicherheitsbehörden nicht mehr aus, dass der Gesuchte [bereits nach Deutschland geflohen](#) ist.

Möglicherweise beantragt er gerade im Moment unter Berufung auf den UN-Flüchtlingspakt „Asyl vor politischer Verfolgung“ im Merkel-Paradies unter alternativer Identität. Mit einem Großaufgebot von mittlerweile über 1.000 Einsatzkräften sucht zumindest die französische Polizei den [„mutmaßlichen Schützen“ \(Stern\)](#). Aber auch die baden-württembergischen Behörden sind alarmiert und in Haltet-den-Dieb-Stellung. Für sie ist der 29-jährige Intensiv-Moslem Cherif Chekatt alles andere als ein „Unbekannter Täter“ – eher ein guter alter Bekannter.

Trotz einer Millionen-Euro-Ertüchtigung in die stahlbewehrten – auch in Frankreich „Merkel-Bollards“ genannten – LKW-Poller am Straßburger Weihnachtsmarkt besaß der [„Mann“ \(Stern\)](#) die Dreistigkeit, sich von diesem todsicher ausgeklügelten

Sicherheitskonzept nicht stoppen zu lassen und mordete „fußläufig“. Frankreichs Innenminister Christophe Castaner sprach sogar von einem „ernsthaften Sicherheitsvorfall“. Laut Zeugen des Straßburger Anschlags hat der Angreifer wie vorgeschrieben „Allahu Akbar“ gerufen. Angesichts des Anschlagziels und seiner Vorgehensweise hat daher auch die Antiterrorabteilung der Pariser Staatsanwaltschaft die Ermittlungen übernommen, die derzeit mit aufmüpfigen „Gelbwesten“ alle Hände voll zu tun hat.

Attentäter hatte 27 (gerichtsbekannte) Verurteilungen

Chekatt gilt als vielseitiger „Gefährder“ im Dreiländereck: Er wurde in Frankreich, der Schweiz und selbstverständlich in Deutschland zu Haftstrafen verurteilt – insgesamt 27 Mal!!!

Erst im Gefängnis habe er sich laut Medienberichten „radikalisiert“. Der Intensiv-Kriminelle wurde auch vom französischen Inlandsgeheimdienst DGSI überwacht – doch wohl nicht ausreichend genug. Denn der umtriebige Schengen-Nafri Cherif Chekatt war nicht nur in Frankreich aktiv, sondern auch multilateral in der Schweiz und in Deutschland. In allen drei Staaten wurde das 29-jährige Menschengeschenk wegen diverser Einbrüche verurteilt und saß insgesamt über sechs Jahre in Gefängnissen.

Wegen Einbrüchen in eine Mainzer Zahnarztpraxis und in eine Apotheke in Engen im südlichen Baden-Württemberg verurteilte ihn das Amtsgericht Singen im Juni 2016 „zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 2 Jahren und 3 Monaten“. Grund: „Besonders schwerer Fall des Diebstahls“. Der Verurteilte befand sich dann in Konstanz 2016/17 vorübergehend in Haft. Bei seinem Einbruch in der Apotheke in Engen hatte Cherif Chekatt aus drei Kassen Geld entwendet und einen Sachschaden angerichtet. Als der Alarm losging, flüchtete er. Eine Überwachungskamera hatte den „französischen“ Bereicherungstouristen bei seiner Tat gefilmt.

Verfolgungsjagd mit deutschen Beamten / Hubschrauber-Einsatz, 15 Streifenwagen

Als Bundespolizisten den Marokkaner in einem Zug bei Singen stellen wollten, floh Cherif vor den badischen Sheriffs und lieferte sich eine aufwändige Verfolgungsjagd mit den Beamten !! Die Polizei war damals bereits mit einem Hubschrauber (2.000 € Steuergeld pro Stunde) und bis zu 15 Streifen im Einsatz. Schließlich nahmen ihn die Sicherheitskräfte in einem Waldstück vorläufig fest und stellten seine „Personalien“ fest. Ein alter Hase also, was filmreife Hubschrauber-Verfolgungsjagden betrifft.

Bei einem weiteren Einbruch in eine Mainzer Zahnarztpraxis riss er dann einen angeschraubten Tresor von der Wand und stahl den Inhalt zweier Geldkassetten – 1.467,00 Euro Bargeld, Briefmarken im Wert von 192,00 Euro sowie Zahngold im Wert von 6.572,00 Euro. Hier hinterließ er jedoch DNA-Spuren auf einem Taschentuch. Nix-Checker Chekatt „sei ledig und kinderlos und habe Schulden in einer Höhe, die der Angeklagte nicht beziffern kann“, steht in dem deutschen Urteil über den Intensivtäter.

In Deutschland wurde Cherif Chekatt laut Behördenangaben allerdings nicht als „islamischer Gefährder“ eingestuft. Es gebe keine Informationen, die ins islamistische Feld hineinführten, erklärte eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums am Mittwoch in Berlin. Bekannt sei allerdings, dass „die betreffende Person das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU aberkannt worden sei“ ([Originalton nach WeLT.de](#)) – rein theoretisch ...

Weihnachtsmarkt-Mörder Chekatt wurde 2008 – im Alter von 19 Jahren – in Frankreich bereits wegen mehrerer Einbruchsdiebstähle zu einer Jugend-Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt, welche er sogar „teilweise verbüßen musste“. 2013 ist er in Basel aufgetaucht und „wiederum wegen mehrerer Einbruchsdiebstähle“ zu eineinhalb Jahren Haft

verurteilt worden, davon habe er ein Jahr und vier Monate abgesessen. Eine Ausweisung in seine eigentliche Heimat Marokko wurde nicht in Erwägung gezogen, dies wäre zumindest in Frankreich rechtlich möglich gewesen.

Geburten-Dschihad – Wurzel des Dschihads in Europa

Der Islam-Attentäter wuchs zusammen mit sechs Geschwistern im prekären Nafri-Schmelztigel Straßburg-Koenigshoffen auf. Der Nichtsnutz habe jedoch keine Ausbildung gemacht. Nach der Schule habe er „bei der Gemeinde gearbeitet“, seit 2011 sei er arbeitslos gewesen und nach eigener Aussage „viel gereist“. Schon vor seiner Verurteilung in Singen habe er insgesamt vier Jahre in Gefängnissen in Frankreich und der Schweiz verbracht.

Über den Mörder wurde ein sogenanntes „Fiche S“ geführt. In dieser Kategorie werden in Frankreich mittlerweile rund 26.000 Personen geführt, von denen 10.000 als „stark radikalisiert“ gelten, etwa durch Besuch von Hass-Moscheen. Er hätte am Dienstagmorgen eigentlich (!) wegen anderer Vorwürfe festgenommen werden sollen, wurde aber unglücklicherweise nicht in seiner Wohnung angetroffen. Vor Ort fanden die Beamten Granaten und zwei Jagdmesser. Weitere Details wollten die Behörden aus ermittlungstaktischen Gründen offiziell nicht nennen.

Strafakte 28 & 29: Schwerer Raub und versuchter Mord

Bei den Ermittlungen gegen Chekatt soll es ursprünglich „um schweren Raub und versuchten Mord“ gegangen sein. Laut dem Straßburger Lokalblatt DNA wurde der Mörder in Straßburg im Jahr 2011 zudem bereits zu einer zweijährigen Haftstrafe unter anderem wegen eines bewaffneten Überfalls verurteilt !!! Davon saß er sechs Monate hinter Gittern ab und wurde wieder vorzeitig entlassen. Der „Straßburger“ (Stern) wurde 2017 aus Baden-Württemberg nach Frankreich „abgeschoben“.

Die Pariser Anti-Terror-Staatsanwaltschaft leitete am Dienstagabend Ermittlungen wegen des Verdachts auf „Mord und

Mordversuch im Zusammenhang mit einer terroristischen Unternehmung“ und wegen „Bildung einer kriminellen terroristischen Vereinigung“ ein.

Auf WeLT-TV wird währenddessen mit verschiedenen „Kriminalitäts- und Terrorismus-Experten“ zusammen gemutmaß, ob das Allhau-Akbar-Blutbad in Straßburg möglicherweise einen terroristischen Hintergrund haben könne. Möglicherweise geriet der Weihnachtsmarkt-Mörder aber auch durch die anberaumte Hausdurchsuchung „in Panik“ (Kein Witz, WeLT-TV vom 12.12.2019 in Dauerschleife)

Hetzjagd-Lügner Seibert twittert ...

Auch der deutsche Regierungssprecher Steffen Seibert hat sich [nach ersten Medienberichten](#) „erschüttert“ über den [Angriff mit drei Ermordeten auf dem Weihnachtsmarkt in Straßburg](#) gezeigt und sinniert über das mutmaßliche Motiv:

„Welches Motiv auch immer hinter den Schüssen steckt: Wir trauern um die Getöteten und sind mit unseren Gedanken und Wünschen bei den Verletzten. Hoffentlich gerät niemand mehr in Gefahr“, salbadert-schwadroniert-schwafelt-seift Merkels überführter Lügenbaron Seibert bei Twitter ein.

Migranten können ja laut Polizeikriminalitätsstatistik niemals krimineller als Einheimische sein. Seibert vermied es allerdings, von einer muslimischen Hetzjagd auf die französische Bevölkerung zu sprechen.

Erschüttert über die schreckliche Nachricht aus [#strasbourg](#). Welches Motiv auch immer hinter den Schüssen steckt: Wir trauern um die Getöteten und sind mit unseren Gedanken und Wünschen bei den Verletzten. Hoffentlich gerät niemand mehr in Gefahr.

– Steffen Seibert (@RegSprecher) [11. Dezember 2018](#)

Merkels „europäischer Umsiedlungs- und Resettlement“-Scherge Manfred Weber, CSU, twitterte ebenfalls scheinheilig: „Meine Gedanken sind bei den Opfern der heutigen Attacke in Straßburg, die einfach nur einen schönen Abend in dieser wundervollen Stadt haben wollten“. An alle Menschen in Straßburg richtete der Vorsitzende der konservativen EVP-Fraktion im Europaparlament: „Bleibt sicher.“ Denn auch das Umvolkungs-Parlament befand sich am Dienstagabend „in Todesangst“ – die Ursache klagt über die Wirkung.

Honi soit qui mal y pense!

My thoughts are with the victims of the attack today in [#Strasbourg](#), who just wanted to have a nice evening in this wonderful city. All our support to the French authorities and police. To everyone in Strasbourg tonight, stay safe.

– Manfred Weber (@ManfredWeber) [11. Dezember 2018](#)

Auch EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker drückte trotz seiner schweren Leiden, den Rücken und das Hirn betreffend, sein kollektives Mitgefühl aus und verurteilte die Tat:

„Meine Gedanken sind bei den Opfern der Schießerei in Straßburg, die ich mit großer Entschiedenheit verurteile“, schrieb Juncker am Dienstagabend bei Twitter. Straßburg sei eine symbolische Stadt für den Frieden und die europäische Demokratie. „Werte, die wir immer verteidigen werden.“ Die EU-Kommission stehe an der Seite Frankreichs.

Jean Claude Junckie hat hier recht: „Strasbourg“ und die irrsinnige Kriminalitätsakte des Allahu-Akbar-Weihnachtsmarkt-Mörders Cheriff Chekatt sind tatsächlich ein Symbol für GRENZENLOSE ideologische Dummheit und Verblendetheit einer europäischen Migrations-Verbrecher-Clique aus EU-Politik, Behörden, Kirchen, Täterschutzjustiz und ideologieverseuchter „Integrationsindustrie“ geworden ...

Mes pensées sont avec les victimes de la fusillade de Strasbourg que je condamne avec grande fermeté. Strasbourg est par excellence une ville symbole de la paix & de la démocratie européennes. Des valeurs que nous défendrons toujours. La Commission se tient aux côtés de la France

– Jean-Claude Juncker (@JunckerEU) [11. Dezember 2018](#)

Drei Menschen könnten aber noch leben, wenn Politiker und Behörden das Wohl der Bevölkerung im Fokus gehabt hätten – und nicht nur ihr eigenes.

Macht hoch die Tür – die Tor macht weit – da werden wohl die europäischen Behörden in Zukunft noch besser zusammenarbeiten wollen ... zumindest was Sommerzeit, Turbostaubsauger, Dieselfahrverbote, tödliche Glühbirnen oder die beängstigende Gurkenkrümmung anbelangt.



Der Zusammenbruch Frankreichs

Von WOLFGANG EGGERT | Giulio Meotti, Kulturredakteur der italienischen Tageszeitung „Il Foglio“, hat einen [aufrüttelnden Artikel](#) verfasst. Er befasst sich mit den Besorgnis erregenden Folgen der Massenmigration in Frankreich.

Dort hat Gérard Collomb, bis letzten Monat französischer Innenminister und derzeit Bürgermeister von Lyon, ein

vernichtendes Urteil gefällt. „Die Menschen wollen nicht zusammenleben“, beklagte er. Es gebe nur „wenig Zeit“, um die Situation zu verbessern, so Collomb. Und weiter: „Es ist schwer einzuschätzen, aber ich würde sagen, dass die Situation in fünf Jahren unumkehrbar werden könnte. Ja, wir haben fünf, sechs Jahre Zeit, um das Schlimmste zu verhindern“.

In einer globalistisch-sektiererischen Welt, in der Umvolkung und Islamisierung „dazu“ gehören, ja geradezu programmatische Grundpfeiler bilden, erscheint die düstere Prognose wie ein Schwanengesang, kurz vor dem alternativlosen Untergang.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron jedenfalls macht keine Anstalten, den elitär vorgegebenen Weg zu verlassen. Komme und passiere, was da wolle. Bei seinem aktuellen Staatsbesuch in der belgischen Hauptstadt Brüssel, dem ersten eines französischen Präsidenten seit Mitterrand in den 80er Jahren, stach ein Mann auf einen Polizisten ein, unter dem Kriegsruf „Allahu Akbar“. Macrons Erwiderung klingt anders. Bei einem Abstecher in die Brüsseler Terrorhochburg Molenbeek bezeichnete er den Stadtteil als „ein vom Bild des Terrordramas geprägtes Gebiet und auch als Ort der Initiativen, des Teilens und der Integration“.

Molenbeek hatte vielen der an den Terroranschlägen von Paris und Brüssel beteiligten Verdächtigen als Unterschlupf und Operationsquartier gedient. Die Polizei deckte hier nicht weniger als 51 Organisationen auf, die mutmaßliche Verbindungen zum dschihadistischen Terrorismus unterhalten. Eine Parallelgesellschaft, die kein ausschließliches belgisches Phänomen darstellt. Auch in Frankreich gebe es „100 Viertel, die potenzielle Ähnlichkeiten mit dem haben, was in Molenbeek passiert ist“, ließ sich der damalige französische Minister für Jugend und Sport, Patrick Kanner, 2016 vernehmen.

Macron ist das Problem zweifellos bekannt. Der ihm nahestehende Politiker und Essayist Philippe De Villiers hat erst kürzlich noch einmal eindrücklich darauf hingewiesen.

Sein eigener Bruder, der ehemalige Chef des französischen Militärs, General Pierre de Villiers, habe Macron vor einer möglichen inneren Implosion in den Pariser Vororten gewarnt und dabei wörtlich gesagt: „Wenn die Vororte revoltieren, wären wir nicht in der Lage, damit umzugehen, wir können es uns nicht leisten, uns ihnen entgegenzustellen, wir haben nicht die Männer dazu.“

Kleiner Trost: Gegen die [„Revolte“ modischer blonder Frauen](#) in den Innenstädten reicht die Manpower gerade noch.